

Politische Kontrolle behalten – keine Privatisierung in der medizinischen Grundversorgung

von Manuel Sahli, Kantonsrat AL

Diese Privatisierungsvorlage ist ein Spiel mit dem Feuer. Der Kanton beruft sich dabei selbst auf eine äusserst schwache Argumentationsbasis. Er behauptet, dass er Aufsicht und gleichzeitig Mitbewerber im Spitalmarkt ist. Dieses Argument hinkt insofern, dass man den Spitalmarkt nicht unbedingt als Markt bezeichnen kann, denn dieser Markt hinkt in vielerlei Fragen:

- Der Kantonsspital Winterthur und die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Unterland besitzen für die nördliche Kantonshälfte eine Quasimonopolstellung. Keiner aus Winterthur und Umgebung geht ohne Anlass nach Zürich in ein Spital, ausser er braucht eine spezielle Behandlung. Kaum einer wird seinem Arzt widersprechen, wenn dieser einen in das naheliegende Spital einweist.
- Ein Markt funktioniert über Angebot und Nachfrage. Doch genau dies funktioniert nicht so einfach auf dem Spitalmarkt. Kaum einer hat zum Ziel, ein Angebot eines Spital oder einer psychiatrischen Klinik in Kauf zu nehmen. Trotzdem kommt es unter dem Profitdruck des Kantons zu gefährlichen Entwicklungen: Krankenhäuser steigern ihre Bettenzahlen, um mehr Patienten behandeln zu können und damit profitabler zu sein. Dieses Verhalten führt zu einer Überbehandlung, die letztendlich wieder jeder über seine Krankenversicherung zu zahlen hat.
- Ebenfalls entledigen sich Unternehmen in einem funktionierenden Markt nichtrentablen Produkten. Die würde für Winterthur konkret zu einer schlechteren Gesundheitsversorgung führen. Solche Entwicklungen sind übrigens auch in der Psychiatrie möglich, so schliesst das kürzlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Sanatorium Kilchberg seine Tagesklinik per Ende März 2017, da sich dadurch kein Profit erwirtschaften liess.

Sie sehen, wir haben es hier keinesfalls mit einem funktionierenden Markt zu tun. Viel eher will der Kanton hier ein aktuell gut laufendes Spital veräussern an private Investoren. Er tut dies ohne Zwang, hätte es doch auch alternative Rechtsformen gegeben, um dem Spital unter Führung der öffentlichen Hand mehr Freiheiten zu geben. Aufgrund der Grösse des Spitals kann man nur mutmassen, dass wohl bereits ausländische Spitalgruppen in den Startlöchern stehen, um sich in fünf Jahren unser Kantonsspital Winterthur unter den Nagel zu reissen. Das Spital hat hierfür eine geeignete Grösse. Mit dieser Vorlage, der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, geben wir über das Spital jegliche politische Kontrolle aus der Hand - sind erstmal 49% der Aktien verkauft, ist der Schaden bereits angerichtet. Die Politik -und damit auch die Bevölkerung- können sich dann nicht mehr gegen falsche Entwicklungen wie Klinikschliessungen in diesen beiden, für die ganze nördliche Kantonshälfte wichtigen Institutionen wehren.

Wir wollen die Kontrolle über unsere Gesundheitseinrichtungen behalten, deshalb sagen wir 2x Nein zu dieser Privatisierungsvorlage! Gesundheit geht vor Profit!